

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 3 (1962)

Heft: 39

Artikel: Ernährungskrise in Nord-Vietnam

Autor: Ostrowska, N.v.

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1076808>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 09.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ernährungskrise in Nord-Vietnam

von Dr. N. v. Ostrowska

Seit über einem Jahr hat die Volksrepublik Vietnam mit ernsten Versorgungsschwierigkeiten zu kämpfen, die seit Mitte dieses Jahres sich zu einer schweren Ernährungskrise ausgewachsen haben. Der Grund hierfür dürfte im wesentlichen in dem überdimensionierten Industrialisierungsprogramm, mit Priorität der Schwerindustrie, und in der im überhitzten Tempo durchgeführten Kollektivierung der Landwirtschaft zu suchen sein. Um den Versorgungsschwierigkeiten zu begegnen, beschloss der Ministerrat von Nord-Vietnam bereits im Februar 1962 die Ablieferungspreise für landwirtschaftliche Produkte zu erhöhen. Diese Massnahme sollte der Förderung der landwirtschaftlichen Produktion dienen, um den Bedarf an Nahrungsmitteln und Rohmaterialien für die sozialistische Industrialisierung und den Export zu decken. Der Preis für eine Tonne Mais, Erdnüsse, Sojabohnen und Rhizinusöl wurde von 20 auf 50 Dong (5 Dong = 1 Pfund Sterling) erhöht. Außerdem wurde der Preis für andere landwirtschaftliche Produkte, die an den Staat verkauft werden, über den vertragsmässig festgelegten Preis gesetzt. Saatgut wurde billiger als im Vorjahr abgegeben. Die Ablieferungspreise für die Hauptnahrungsmittel Reis, Kartoffeln, Maniok usw. wurde bereits im Jahre 1961 erhöht. All diese Massnahmen aber waren nicht dazu geeignet, die Ernährungskrise, mit der heute Nord-Vietnam zu kämpfen hat, aufzuhalten. Die

Das Blatt meinte: «Die Zeiten, wo die Mädchen den Uniformen nachliefen und die „Jungen in Grau“ ein populäres Ideal waren, sind vorbei und wären auch ein Anachronismus.»

Die Jugendzeitung veröffentlichte allerdings noch die Ergebnisse einer öffentlichen Befragung von Absolventen von höheren Schulen, die zeigten, dass die Lage nicht so schlecht ist, wie sich das der Kadett vorstellte.

Auf die Frage: «Erfreut sich der Soldatenberuf in Ihrer Umgebung einer Beliebtheit und wird er respektiert?» antworteten 57,6 Prozent der befragten Mädchen mit Ja, 25,8 Prozent mit Nein und 16,6 gaben keine Antwort. Unter den jungen Männern erfreut sich die Uniform offensichtlich einer grösseren Beliebtheit. Von ihnen beantworteten 69,4 Prozent die Frage mit Ja und 31,5 Prozent mit Nein.

Das Blatt räumte allerdings ein: «Den Kadetten wird der Gedanke, dass sich die Einstellung des blonden Mädchens nicht mit der der jungen Mädchen im übrigen Polen deckt, wenig trösten, er geht ja nicht im ganzen Land zum Tanzen oder ins Café.»

Und dann zitierte «Sztandar Młodych» die traurige Bemerkung des jungen Kadetten: «Vielen von uns vergeht die Lust auf einen Passierschein und wir ziehen es vor, in der Unterkunft herumzusitzen.»

Folge davon war, dass an Lebensmitteln grosser Mangel herrschte, der zum Schwarzhandel führte.

Bereits Anfang März dieses Jahres musste der Stellvertretende Premier, Pham Hung, zugeben, dass die beschleunigte Kollektivierung sich in wirtschaftlichen Schwierigkeiten auswirkte. Er erklärte u. a.: «Wir sind nunmehr in eine Phase eingetreten, in der der sozialistische Aufbau als eine zentrale Aufgabe betrachtet wird... Die Produktionsmittel, welche den umfangmässig kleinen Kooperativen gehörten, von denen jedes 20 bis 30 Familien umfasste, sind in die grösseren Kooperative transferiert worden, von denen jede 150 bis 200 Familien umfasst. Jedoch hat sich daraus eine Unzulänglichkeit ergeben, die in der Vernachlässigung der Konsolidierung, Entwicklung und Vervollkommnung der neuen Produktionsverhältnisse besteht... Die Kooperativmitglieder haben noch wenig Sinn dafür, dass sie Eigentümer der Kooperative sind, und ebenso für die Notwendigkeit die Kooperative ökonomisch aufzubauen... Es besteht noch eine Tendenz, die ländlichen Gebiete ihr leichtes und freies Leben führen zu lassen und die Erfordernisse der sozialistischen Industrialisierung... zu vernachlässigen. Diese Tendenz, die sich im Gegensatz zu den grundlegenden sozialistischen Wirtschaftsprinzipien... befindet, muss zeitgerecht geändert werden.» Des weiteren musste Pham Hung zugeben, dass die vorgenannten Preiserhöhungen auf die Landbevölkerung, die ja davon keinen unmittelbaren Nutzen hatte, nicht zu dem gewünschten Ergebnis führte und die Ablieferungsnormen nicht erfüllt wurden. Er erklärte: «Es ist notwendig die Massen zu erziehen, um ihnen die Möglichkeit zu geben klar zu erkennen, dass die sozialistische Industrialisierung eine zentrale Aufgabe des ganzen Volkes ist, und dass es notwendig ist gewissenhaft die Pflicht des Verkaufes landwirtschaftlicher Produkte an den Staat zu erfüllen» (vergl. Vietnam News Agency, Hanoi, 10. März 1962). Desgleichen kündigte er eine Rationierung des Lebensmittelkonsums der Bauern an.

Aber auch die «Erziehung der Bauern» fiel auf keinen fruchtbaren Boden, und der Ministerrat beschloss am 4. Juli 1962 die offiziellen Ablieferungspreise und andere wichtige Agrarprodukte von 2 bis zu 30 Prozent zu erhöhen und dementsprechend neue Marktpreise festzusetzen. Darüber hinaus wurde am 6. August 1962 vom Amte des Premiers eine Verordnung über zusätzliche Lebensmittelproduktion erlassen. Die Bevölkerung und die verschiedenen Organisationen, Betriebe und Körperschaften und auch die Armee und die Polizei werden aufgefordert, in ihrer Freizeit Mais, süsse Kartoffeln, Maniok und andere mehlhaltige Getreidesorten und Gemüse anzubauen und Schweine, Hühner, Fische usw. aufzuziehen, um den Speisezettel zu verbessern. Es heisst ausdrücklich, dass diese in der Nebenproduktion erzeugten Lebensmittel, die zum persönlichen Verbrauch bestimmt sind, nicht an den Staat abgeliefert werden müssen und überdies von der jährlichen, vom Staat bereitgestellten Lebensmittelquote nicht abgezogen werden. Ueberschussprodukte jedoch können zu guten Preisen an den Staat verkauft werden. Die staatlichen Stellen waren also zufolge des sich immer stärker bemerkbar machenden Lebensmittelmangels auf allen Gebieten ge-

zwungen, eine Art Privatwirtschaft im beschränkten Rahmen zuzulassen, wodurch eine «Ueberlegenheit» der Kollektivwirtschaft sich selbst ad absurdum führte.

Aus dieser Krisensituation ergibt sich von selbst, dass die geplante beschleunigte Industrialisierung kaum in dem Tempo durchzuführen sein wird, wie vorgesehen. Denn zunächst spielt hier die mangelnde Rohmaterialzufuhr eine beachtliche Rolle und durch die erhöhten Anleihen an die kollektiven Agrarbetriebe, die durch diese aufgezeigten Schwierigkeiten notwendig geworden sind, ergibt sich des weiteren ein Kapitalschwund, der durch Nichterfüllung der Agrarexportquoten auch nicht ausgeglichen werden kann.

Wie Meldungen aus Süd-Vietnam besagen, ist die Hungersnot in den Grenzgebieten im Zunehmen begriffen und Unruhen sind an der Tagesordnung. Es liegen bisher auch keine konkreten Nachrichten dafür vor, dass die anderen Ostblockstaaten, insbesondere Rotchina und die Sowjetunion, zur Behebung dieser Wirtschaftskrise zusätzliche Beiträge leisten.

Es erhebt sich deshalb die Frage, ob das ausserpolitische Manöver, in bezug auf die Wiedervereinigung mit Süd-Vietnam, nicht letztlich auch einen Grund in den eigenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten hat; denn der Süden Vietnams besitzt vorwiegend Landwirtschaft. So gedeutet, würde auch die fiebrhafte Tätigkeit der Viet-Cong-Guerillas und der «südvietnamesischen Befreiungsfront», einer unter kommunistischer Leitung stehenden Tarnorganisation, einen Aspekt erhalten, der darauf schliessen liesse, dass das kommunistisch regierte Nord-Vietnam den letzten Ausweg aus seinen Schwierigkeiten in der Wiedervereinigung mit Süd-Vietnam sieht, wenn nicht dieses System in sich selbst zusammenfallen soll.

Von weltpolitischen Aspekten her betrachtet würde die Nichtzurverfügungstellung ausserordentlicher Hilfe für Nord-Vietnam das oben Gesagte noch verdeutlichen, als damit mit etwas drastischen Mitteln eine Erweiterung des kommunistischen Herrschaftsbereiches erfolgen würde und ganz Südostasien immer mehr in die unmittelbare Gefahrenzone rückt.

In Kürze

Ein «Arbeitskreis Militärisches Spielzeug» ist bei der «Vereinigung Volkseigener Betriebe Spielwaren» gebildet worden. Er soll sich zukünftig mit allen Fragen der Entwicklung des «patriotischen Spielzeugs» beschäftigen, die «sozialistischen» und «halbstaatlichen» Betriebe anleiten und ihre Produktion koordinieren.

Gegenwärtig wird der sowjetische Panzer vom Typ T 54 mit drehbarem Turm für die Produktion vorbereitet.

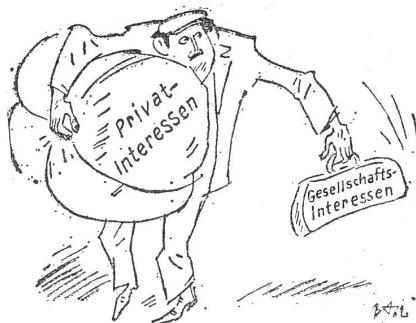
Den Ernteeinsatz sämtlicher Studenten der Sowjetzone von zwei auf drei Wochen zu verlängern, hat das Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen angeordnet. Der Ernteeinsatz vom 14. September bis zum 5. Oktober erfolgt ausschliesslich in den nördlichen Bezirken der Sowjetunion zur Bergung der Kartoffelernte.

Die Studenten müssen sich am 11. September «mit zweckentsprechender Kleidung» in ihren Fakultäten und Instituten zurückmelden und werden zwei Tage auf den Ernteeinsatz vorbereitet.

Das alte Gepäck

Am kommenden bulgarischen Parteikongress (siehe KB Nr. 38) wird unter andern auch der Aufbau des Kommunismus zur Diskussion stehen und feierlich verkündet werden. Der Vollkommunismus ist nach dem Zukunftsbild der Theorie das reine Leben der sich selbst regierenden Gesellschaft, ohne staatlichen Zwangsapparat einerseits und ohne gesellschaftsschädliche Privatinteressen anderseits. Die zwei Punkte erfahren in der konkreten Durchführung des Parteiprogramms eine sehr unterschiedliche Behandlung. Der staatliche Apparat wird nur mittelbarerweise abgeschafft, oder, wie es in der kommuni-

DER WEG ZUM KOMMUNISMUS



Wie jedermann trage ich meine Last zum Aufbau des Kommunismus. Nur das kleine Käferchen will ich doch abstellen.
«Starschel», Sofia

nistischen Phraseologie heisst, «er muss vorübergehend verstärkt werden, um den Übergang von einer Gesellschaftsform in die andere zu gewährleisten.» Der Kampf gegen die Privatinteressen wird hingegen unmittelbar geführt. Unsere Karikatur zeigt einen Ausschnitt der harmloseren Front, der propagandistischen Kampagne. Das gleiche Motiv tauchte in unzähligen Variationen vor einem Jahr anlässlich des XXII. Parteikongresses auch in der Sowjetunion auf. Daneben wird der Kampf aber auch mit konkreten Massnahmen geführt, die namentlich in verschärften Strafen gegen «Parasiten», «Spekulanten» und «Profiteure» bestehen. Zeugnis dafür ist die wieder neu eingeführte Todesstrafe für neue Kategorien von Wirtschaftsverbrechen in der Sowjetunion, und speziell in Bulgarien die neuen Deportationsbestimmungen für «Arbeitsscheue und Nichtstuer».

BRIEFE

Erlebnisse in der SBZ

Mehrere Leser haben uns auf Unrichtigkeiten im Bericht hingewiesen, der unter obigem Titel in den Nummern 36 bis 38 erschienen ist. Vor allem ist die Erwähnung von «Soldaten der westdeutschen Armee» oder des «Soldaten des bundesdeutschen Grenzschutzes in Berlin» (Nummer 37) zu berichtigen. Es handelt sich um Berliner Polizeileute, denn der Westen hält (im Unterschied zum Berliner Sowjetsektor mit seinen Vopo-Verbänden und den Einheiten der «Nationalen Volksarmee») an die Bestimmung des Viermächtestatuts, wonach im Raum Gross-

berlin keine deutschen Kampfverbände irgendwelcher Art aufgestellt oder stationiert werden dürfen. (P. T. in Brugg, B. O. in Berlin, U. F. in Solothurn, K. W. A. in Berlin und Kurzhinweise von andern Lesern.)

Weitere Punkte: Die Passkontrolle an SBZ-Grenzübergängen wird nicht von der ostzonalen Armee, sondern von der Grenzpolizei vorgenommen. Die Sowjets dagegen fertigen westalliierte Armeeangehörige ab. Der 5-Kilometer-Grenzstreifen ist nicht unbewohnt, doch ist sein Betreten von aussen her nur mit Sonderbewilligung gestattet. Nicht jeder Aktivist braucht ein Aufseher zu sein; es kann sich etwa um Leute mit besonderen Arbeitsverdiensten handeln. («Ich kenne selber eine Reihe von ostzonalen Arbeitern, die, obwohl Gegner des Regimes — diesen Titel „Aktivist“ erhalten haben, sich aber sehr dagegen verwahren würden, ihre Funktion als die von „Aufsehern“ bezeichnen zu lassen.» F. R. A. in Berlin.)

Wir danken auch den Lesern, die uns aus Anlass des Fortsetzungsberichtes eigene Erlebnisse mitteilen oder Schilderungen der Berliner und sowjetzonalen Zustände zukommen liessen.

Red. KB.

Wirtschaft

Ostblock

Kombinierte Autoproduktion?

Die drei wirtschaftlich am meisten entwickelten Volksdemokratien scheinen die Möglichkeit einer gemeinsamen Herstellung von Personenwagen zu erwägen.

Die gemeinsame Personenwagen-Produktion von Polen, der SBZ und der Tschechoslowakei beträgt 150 000 Stück, die der Sowjetunion 300 000 Stück pro Jahr. Nach der Auffassung polnischer Fachleute könnte im Falle einer gemeinsamen Serienproduktion (ohne UdSSR) der Jahresausstoss auf 300 000 bis 400 000 Stück erhöht werden. Keines der drei Länder ist dagegen in der Lage, allein eine rentable Serienproduktion einzurichten. Das gleiche soll auch für Jugoslawien gültig sein, was deshalb interessant ist, weil die jugoslawische Autoproduktion in der Fabrik «Crnava Zastava» eben jetzt angelaufen ist. Eine gemeinsame Jahresproduktion von 500 000 Stück wird für den ganzen Ostblock als genügend betrachtet.

Was Polen betrifft, könnte mit einer Investition von 7 bis 10 Milliarden Zloty im Fünfjahresplan die Produktion auf 150 000 bis 200 000 Wagen pro Jahr erhöht werden.

Die Selbstkosten würden dabei um die 30 000 bis 35 000 Zloty pro Wagen betragen. Bei den gegenwärtigen Preisen kann sich aber nur eine solche Familie ein Auto leisten, wo ein jedes Mitglied über ein Monatseinkommen von wenigstens 2000 Zloty verfügt (Durchschnittslohn 1200 bis 1400 Zloty). Aus diesem Grund besitzen nur 1,5 Prozent der polnischen Familien ein Auto.

Obwohl auf der einen Seite die Motorisierung gefördert wird, treffen gewisse Behörden zur gleichen Zeit Massnahmen, die sich für dasselbe Ziel *hemmend auswirken*.

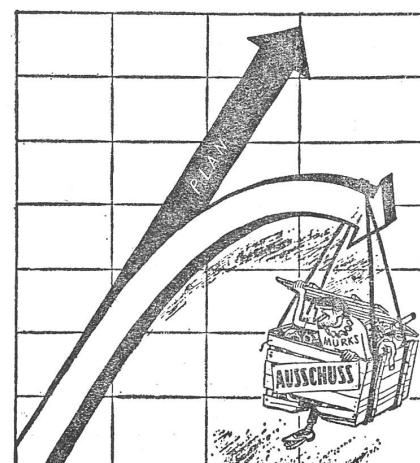
Als Beispiel kann die Hauptstadt Warschau angeführt werden, wo sich die Zahl der Fahrzeuge in den vergangenen fünf Jahren um 50 Prozent auf 68 000 Stück erhöhte, dagegen verminderte sich die Zahl der schon damals vorhandenen Tankstellen von 50 auf 48. Wie verlautet soll demnächst auch noch eine weitere abgebaut werden. Die Tatsache, dass die Fahrer zu den Tankstellen lange Fahrten unternehmen und auch noch Schlangenstehen müssen, scheint die Behörden wenig zu interessieren. Am besten charakterisiert die Lage, das im Jahre 1959, zur Zeit der Privatwirtschaft, in Warschau nur 11 554 Kraftfahrzeuge, aber immerhin 162 Tankstellen waren.

Der Schnapschuss

Die neuen Massnahmen gegen den Alkoholismus in Ungarn (siehe KB Nr. 36, «Der letzte König») sehen unter anderm die «Abschleppung» angehöreter Personen mit Polizeifahrzeugen vor. Dagegen, so geht der Witz in Budapest, hätten die Taxichauffeure Protest eingelegt mit der Begründung, die ganze Kundschaft gehe ihnen verloren. (Auf den Posten überführte Betrunkene müssen übrigens für sämtliche Transportkosten selbst aufkommen.) *

Ein ungarischer Witz über «Endlose Parteivorträge» (siehe Karikatur): Der Genosse Sekretär spricht seit zwei Stunden. Um zehn Uhr abends steht eine Frau auf und bittet, nach Hause gehen zu dürfen. Das wird ihr, weil sie Gattin und Mutter ist, gestattet. Eine Stunde später begeht auch die junge Mancika den Saal zu verlassen. «Wieso denn?», fragt der Sekretär. «Du hast doch keine Familie.» — «Eben», erwidert das Mädchen. «Ich habe keine Aussicht, eine zu kriegen, wenn ich den Vortrag fertig anhören muss.» *

In Budapest sind Richtlinien zur Verpackung von Waren im Detailverkauf ausgearbeitet worden. Eine Verordnung, so äusserte sich Radio Budapest dazu, könne nicht erlassen werden, da die Schwierigkeiten der Papierversorgung zu berücksichtigen seien. Der staatliche Handel hat kein Papier, um etwa Lebensmittel zu verpacken.



Ausschuss-Zeichen der desinteressierten Produktion. (Zeichnung: «Eulenspiegel», Ostberlin.)